

FRITZ HEERWAGEN

Die Hochschule, die Studenten und die moderne Gesellschaft

I

Wenn das Studienjahr 1970 beginnt, werden von hundert achtzehnjährigen Franzosen neunzehn sich um die Aufnahme in eine Hochschule bewerben können. Zum gleichen Zeitpunkt werden von hundert Schweden des entsprechenden Jahrganges zweiundzwanzig, von hundert Italienern mehr als zwölf hochschulreif sein. Nur etwa die halbe Höhe der italienischen wird mit 6,8 vH die Quote der hochschulreifen jungen Deutschen in der Bundesrepublik erreichen. Da neuerdings versucht wird, für die Bundesrepublik ungünstige bildungsstatistische Vergleiche als „statistische Demagogie“ zu disqualifizieren, sei zu den obigen Angaben bemerkt, daß sie Antworten der Unterrichtsverwaltungen der Mitgliedstaaten auf eine OECD-Umfrage entstammen und daß sie keineswegs auf Schätzungen, sondern auf exakten Erhebungen beruhen, denn die jungen

Menschen, die 1970 hochschulreif werden, sitzen ja heute schon in den unteren Klassen der Sekundärschulen.

Als diese Zahlen mit anderen, sie ergänzenden und bestätigenden Daten kürzlich von Professor *Friedrich Edding*, dem bisher einzigen Bildungsökonom der Bundesrepublik, auf dem 7. *Deutschen Studententag in Bochum* vorgelegt wurden, verstand wohl jeder im Saal, warum die Verantwortlichen der Studentenschaft das Thema „*Die Gesellschaft braucht Studenten*“ in das Arbeitsprogramm aufgenommen hatten und warum sie bemüht waren, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit gerade auf dieses Thema zu lenken. Wenn sich im überwiegenden Teil Europas, wenn sich in den Vereinigten Staaten, in der Sowjetunion, in Japan, in China eine, aufs Ganze gesehen, gleichsinnige Entwicklung vollzieht, an der wir nicht teilnehmen, so kann uns das nicht gleichgültig sein. Es sollte uns um so mehr veranlassen, darüber nachzudenken, als wir zuverlässig wissen, daß zum mindesten in einigen Ländern diese Entwicklung geplant und in Gang gesetzt wurde und daß sie allenthalben keineswegs nur hingenommen oder gar mit Sorge betrachtet, sondern begrüßt und gefördert wird.

In *Frankreich* brachte eine Meinungsbefragung, die das Nationalinstitut für demographische Studien durchführte, das Ergebnis, daß drei Viertel aller Erwachsenen es für nötig halten, die Zahl der Studenten bis 1970 zu verdoppeln; von den Franzosen mit Hochschulbildung waren sogar 90 vH dieser Meinung. Professor Edding, der dieses Resultat auf dem Bochumer Studententag mitteilte, äußerte anschließend die Vermutung, daß eine Meinungserforschung zum gleichen Gegenstand in *Deutschland* eine weit geringere Expansionsfreudigkeit offenbaren werde, daß insbesondere von den akademisch Gebildeten sich weit mehr ablehnend äußern würden und von den Hochschulprofessoren sogar ein eindeutig negatives Votum zu erwarten sei. Edding war so vorsichtig, seine Vermutung hinsichtlich des Professorenvotums mit rein persönlichen Erfahrungen zu begründen; wer jedoch das Verhalten der Professorenschaft zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates verfolgt hat, dem fällt es nicht schwer, bestätigende Fakten anzuführen. Während die Länderregierungen und -parlamente durchweg die Bereitschaft zeigten, die Mittel für den vom Wissenschaftsrat empfohlenen Hochschulausbau bereitzustellen, verhält sich die Hochschullehrerschaft überall da zögernd und widerstrebend, wo der Ausbau den Aufbau, das innere Gefüge der Hochschule, tangiert.

Der Wissenschaftsrat habe die Reformkräfte innerhalb der Hochschule überschätzt, bekannte sein Präsident auf einer Hochschultagung der Loccumer Evangelischen Akademie. Mit diesem Eingeständnis wurde offiziell bestätigt, was jeder Beobachter der Geschehnisse längst wußte, daß nämlich das Gros der deutschen Hochschullehrer konservativ gesonnen ist und in steigenden Studentenzahlen, die Anlaß zu Ausbau- und Reformbestrebungen geben, nur einen Störungsfaktor sieht, der schnellstens zu eliminieren, zum mindesten aber zu begrenzen ist.

Symptomatisch für diese Haltung ist die Terminologie, die in der deutschen Hochschuldiskussion zur Bezeichnung der Zunahme der Studentenschaft üblich geworden ist. Man spricht von der Studentenflut, von der Studenteninflation, von Studentenmassen und vom Massenandrang zur Hochschule. Niemand kann die Abwertung überhören, die hier schon durch die Wahl des Ausdrucks vorgenommen wird. Nicht minder eindeutig sind die Reaktionen der Hochschule, wenn irgendwo eine Möglichkeit, den Zugang zur Hochschule zu erweitern, sichtbar wird. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hat sich gegen die Fakultätsreife ausgesprochen, durch die eine verschwindende Minorität von Absolventen höherer Fachschulen die Möglichkeit zu einem auf bestimmte Fachrichtungen begrenzten Hochschulstudium erhält. Für den Fall, daß die Studentenförderung in eine allgemeine gesetzliche Regelung der Ausbildungsförderung einbezogen wird, lehnt die Repräsentanz der deutschen Hochschulen die generelle Anfangsförderung aller durch das Abiturzeugnis als hochschulreif ausgewiesenen Bedürftigen mit der bezeichnen-

den Begründung ab, daß eine solche Regelung zu einer Verstärkung der Nivellierungs- und Vermassungstendenzen führen müsse. Nun macht der Anteil der Geförderten heute noch nicht ein Siebentel der Gesamtzahl der Studenten aus, und eine generelle Anfangsförderung würde ihn nur unwesentlich erhöhen. Angesichts dieser Größenverhältnisse muß der interventionistische Eifer der deutschen Hochschulen die Vermutung herausfordern, daß es ihnen mehr um die intransigente Verteidigung einer prinzipiellen Position als um die Abwehr wirklicher Gefährdungen geht.

II

In der hinreichend belegbaren und übrigens auch kaum je bestrittenen restriktiven Politik der deutschen Hochschulen wird man eine der Ursachen dafür sehen müssen, daß der Anteil der Studierten und Studierenden bei uns heute schon niedriger ist als in dem nach Lebensstandard und Sozialstruktur vergleichswürdigen Ausland, und daß sich der Abstand in Zukunft noch vergrößern wird. Wer die Rolle der Hochschule in der deutschen Bildungspolitik einigermaßen zutreffend bestimmen will, muß sowohl das Ansehen berücksichtigen, das die Hochschule dank ihrer traditionellen Position und kraft des in ihr vorhandenen Sachverstandes genießt, als auch den indirekten Einfluß, den sie über von ihr geprägte Gruppen, insbesondere über die Lehrerschaft der höheren Schule, ausübt. Wenn verantwortliche Kulturpolitiker — wie das in der jüngsten Wissenschaftsdebatte des Bundestags geschah — mit dem hörbaren Aufatmen der Erleichterung darauf verweisen, daß infolge des Einrückens der schwachen Jahrgänge die Studentenzahlen zunächst einmal sinken werden, und wenn sie dabei mit keinem Wort erwähnen, wie dadurch der schon bestehende Mangel an Lehrern, an Wissenschaftlern verschärft werden muß, dann ist das ein Beispiel dafür, wie die Betrachtungsweise der Hochschule, die sich ausschließlich an ihren Gegebenheiten und Interessen orientiert und die Bedürfnisse der Gesellschaft ignoriert, zur allgemeinen Betrachtungsweise wird. Vom Studentenüberhang und seinen Veränderungen in den nächsten Jahren sprach der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung in Bochum, und wer ihn hörte, mußte den Eindruck gewinnen, die Aufgabe der Wissenschaftspolitik sei erfüllt, wenn es ihr gelänge, mit diesem Überhang auf irgendeine Art fertig zu werden und ein halbwegs ausgeglichenes Verhältnis zwischen der Nachfrage nach Studienplätzen und dem Angebot herzustellen.

Von Politikern wird oft — und sicher nicht nur aus Gründen der *captatio benevolentiae* — gesagt, man könne Wissenschaftspolitik nicht ohne die Wissenschaftler machen. Das ist sicher richtig, nur ist damit die Frage nicht beantwortet, ob man sie ausschließlich mit ihnen, ob man sie nur nach ihren Vorstellungen machen kann. Was hat die Hochschule bisher zum Problem des *Lehrermangels*, das immer mehr zum Kardinalproblem unserer Bildungspolitik wird, zu raten gewußt? Sie hat darüber lamentiert, daß sie immer mehr aus Gründen des Sozialprestiges bestimmter Gruppen mit Ausbildungsaufträgen belastet werde und keinen Zweifel daran gelassen, daß sie hierbei vornehmlich an die Volksschullehrer denkt. Und sie hat sich beeilt, ihr Veto einzulegen, als zur Erörterung stand, ob die Pädagogischen Hochschulen das Promotionsrecht erhalten sollen.

Was hat sie zur Behebung des *Nachwuchsmangels im eigenen Bereich* getan und vorgeschlagen? Wird bei Gesprächen über dieses Problem gefordert, man solle den jüngeren Generationen der Wissenschaftler bessere Chancen geben, dann steigt mit Sicherheit ein ordentlicher Professor aufs Pult und beschwört das Auditorium, um Gotteswillen doch das hergebrachte hohe Niveau der deutschen Wissenschaft nicht zu gefährden. Daß auch Frauen sich habilitieren und Hochschullehrer werden könnten und daß sich ein beachtliches Reservoir für wissenschaftlichen Nachwuchs erschließen ließe,

wenn man sie dazu ermunterte, geht der Mehrheit der deutschen Hochschullehrer offensichtlich noch nicht ein. Fast vier Fünftel der Ordinarien haben sich nach *Hans Anger* dagegen ausgesprochen, daß *Frauen* Hochschullehrer werden. Hiernach versteht man, daß im Wintersemester 1959/60 von den 2421 ordentlichen Lehrstühlen unserer wissenschaftlichen Hochschulen nur 13 (dreizehn = 0,54 vH) mit Frauen besetzt waren. Die wissenschaftlichen Leistungen z. B. *Lise Meitners* und der beiden *Curie* sind für die Meinungsbildung der deutschen Ordinarien offenbar irrelevant gewesen.

Vielleicht sollte man der Aversion der deutschen Professoren gegen die Aufnahme von Frauen in den Lehrkörper der Hochschulen stärkere Beachtung schenken, denn sie enthüllt mehr als andere Äußerungen, wie stark die Hochschule von der Mentalität einer vergangenen Gesellschaftsepoche bestimmt wird. Diese Epoche war patriarchalisch, und sie war statisch. Es hat vor hundert Jahren keine weiblichen Studierenden, aber es hat auch keine wesentlichen Veränderungen der relativen und absoluten Studentenzahlen gegeben. Die Zahl der Hochschulbesucher je 10 000 Einwohner hat in Deutschland von 1830 bis 1850 ziemlich konstant zwischen 3 und 5 gelegen. Gleichlaufend mit dem Bevölkerungswachstum hat sich die absolute Zahl der Studierenden im genannten Zeitraum von 16 000 auf 24 000 erhöht. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts hat sich der Anteil der Studierenden an der Gesamtbevölkerung vervierfacht, ist aber auch die Nachfrage nach akademisch Gebildeten beträchtlich gestiegen. Wie sich die beiden Entwicklungslinien zueinander verhalten, welche kausalen Beziehungen zwischen beiden Bewegungen bestehen, das ist weitgehend ungeklärt. Die in der statischen Gesellschaft des frühen 19. Jahrhunderts konzipierte und etablierte deutsche Hochschule hat das Gesetz, nach dem sie angetreten, noch nicht zu überwinden vermocht.

Nur zögernd und widerwillig hat sie sich der Problematik gestellt, die durch den verstärkten Zustrom zur Hochschule ausgelöst wurde. Die Frage, welchen Bedarf an Akademikern die Gesellschaft hat und welche Entwicklungslinien sich hier erkennen lassen, ist von ihr bisher beharrlich ignoriert worden. Wir sind zwar — wie Professor Edding in Bochum sarkastisch bemerkte — auf Grund wiederholter Analysen in der Lage, brauchbare Prognosen für den Automobil- oder für den Schweinemarkt zu erstellen, aber unsere Kenntnis des „akademischen Marktes“ ist mangels systematischer wissenschaftlicher Marktforschung völlig unzulänglich. Infolgedessen kann es bei uns geschehen, daß sich zwei Organisationen, die beide als sachkundig gelten, darüber streiten, ob wir Mangel oder Überfluß an Ärzten haben; infolgedessen wissen bei uns allzu viele — auch allzu viele Politiker — nicht, ob man sich über zunehmende Studenten-, zunehmende Gymnasiastenzahlen freuen darf oder ob sie ein Grund zur Besorgnis sind. So gewiß es ist, daß zwischen der auf sorgfältige Beobachtung und Planung gestützten entschlossen expansiven Bildungspolitik in Frankreich und dem eindeutigen Votum der französischen Bevölkerung für diese Politik ein Zusammenhang besteht, so einleuchtend dürfte sein, daß dieser Zusammenhang genauso gegeben ist zwischen unserer durch Zaudern und Halbheiten bestimmten Bildungspolitik auf der einen und unserer weitgehend desorientierten und desinteressierten Öffentlichkeit auf der anderen Seite.

Wenn wir heute vor der Tatsache stehen, daß unser Bildungswesen weder auf der mittleren noch auf der oberen Ebene den Bedarf der Gesellschaft an Gebildeten zu decken vermag, wenn sich vor uns die beängstigende Perspektive auftut, daß wir mangels hinreichender Bildung geistigen Vermögens von unseren europäischen und außereuropäischen Konkurrenten überrundet werden, dann trägt die deutsche Hochschule mit ihrer Indifferenz gegenüber den Notwendigkeiten und Ansprüchen der Gesellschaft daran ein gerüttelt Maß an Schuld. Sie hat zwar durch ihre Leistungen auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung die moderne Gesellschaft selbst mitgestaltet, aber sie hat es bisher versäumt, sich auch selbst als Institution dieser Gesellschaft zu begreifen und ihre Rolle darin neu zu durchdenken.

III

Erst vor dem Hintergrund der traditionellen Gesellschaftsabgewandtheit der deutschen Hochschulen läßt sich ermesen, was es bedeutet, wenn die *Studentenschaft* dieser Hochschulen die These *Die Gesellschaft braucht Studenten* zum Leitsatz eines Studententages macht, sich selbst um eine Analyse des Bedarfs der Gesellschaft an wissenschaftlich gebildeten Kräften bemüht und einen sachkundigen Wissenschaftler zur Erörterung des Umfanges dieses Bedarfs verpflichtet. Wer die Bedeutung dieses Unternehmens abschwächen will, könnte vielleicht einwenden, daß die Studentenschaft ja lediglich ein in der Zeit liegendes, heute vielerorts diskutiertes Thema aufgegriffen habe und ihre Entscheidung allenfalls als Ausdruck des Opportunismus, nicht aber als Zeichen einer grundsätzlichen Neuorientierung, verstanden werden müsse. Dem steht entgegen, daß alle Themen, denen sich die Studentenschaft in jüngster Zeit zugewandt hat, und alle Forderungen und Vorstellungen, die sie dazu vortrug, im Zeichen des Bestrebens stehen, das Verhältnis von Hochschule und Gesellschaft neu zu bestimmen. Das gilt sowohl für die Vorschläge zur Studienreform und zur Reform der Hochschulverfassung, die sie in der Denkschrift *Studenten und die neue Universität* zusammenfaßte, als auch für ihre Auffassungen von studentischer Selbstverwaltung und Selbsthilfe, die in den programmatischen Beschlüssen der Hamburger Mitgliederversammlung im März d. J. konkretisiert wurden.

Mit besonderer Deutlichkeit kommt die Hinwendung der Studentenschaft zur bewußten Integration in die Gesellschaft in den Bedenken gegen die Campus-Universität zum Ausdruck und in den Kriterien, die sie ihrerseits für die Standortwahl entwickelte und in der Ausstellung zur Planung neuer Hochschulen demonstrierte. Wer ihre Sorge vor der Isolierung, vor dem Rückzug in eine akademische Reservation, für übertrieben hält und auf die Unbefangenheit hinweist, mit der in den angelsächsischen Ländern die Campus-Universität verwirklicht wurde, der wird daran zu erinnern sein, daß geschichtliche Erfahrungen stets ihre dialektischen Wirkungen haben. Die englischen und erst recht die amerikanischen Universitäten sind immer gesellschaftsbezogen und verbunden gewesen. Sie können eine räumliche Isolierung riskieren, ohne das Aufkommen esoterischer und elitärer Tendenzen befürchten zu müssen. Hingegen dürfte diese Befürchtung bei uns angesichts unserer ganz andersartigen Hochschultradition doch nicht unbegründet sein.

In ihren Vorschlägen zur Studienreform zieht die Studentenschaft die Konsequenzen aus der Tatsache, daß die Hochschule von heute ein Großbetrieb ist und auch nur als solcher funktions- und leistungsfähig sein kann. Anstatt dem Idyll der kleinen Universität nachzutruern, sucht sie nach Wegen, die es ausschließen, daß Studieren in der Groß-Universität zu der Massenabfertigung wird, die heute das Bild einiger unserer stark besuchten Hochschulen in so abschreckender Weise bestimmt. Sie hat in der Betriebssoziologie gelernt, daß persönliche Kontakte innerhalb des Großbetriebes nur noch in der kleinen, formellen oder informellen Arbeitsgruppe möglich sind; sie weiß, welche Bedeutung die moderne Pädagogik der Erziehung zur Kooperation und zur Selbsttätigkeit beimißt. In Anwendung dieser Erkenntnisse sieht ihr Reformplan vor, daß *die Arbeit in Gruppen*, in denen der Studierende, zunehmend mit dem Fortgang des Studiums, eine möglichst aktive Rolle spielt, künftig die zentrale Arbeitsweise darstellen, und die Vorlesung demgegenüber zurücktreten soll. In einem so durchorganisierten Lehrbetrieb würde das Schwergewicht der Arbeit auf den Schultern derer liegen, die Arbeitsgruppen, Proseminare, Übungen, Seminare und Praktika leiten; die Rolle der Kathederprominenz, die auf der heutigen Bedeutung der Vorlesung basiert, würde demgegenüber zurücktreten.

Es liegt in der Konsequenz dieser Studienreform, daß die Studentenschaft in ihren Vorschlägen zur Reform der Hochschulverfassung eine Machtverschiebung zugunsten

derer fordert, die nach Durchsetzung großbetrieblicher Arbeitsformen Hauptträger der Arbeit sein würden. Während in der heutigen, hierarchisch aufgebauten Selbstverwaltung die Macht bei den Ordinarien konzentriert ist und alle wesentlichen Entscheidungen von ihnen getroffen werden oder in ihren Sitzungen — den engeren Fakultätssitzungen — fallen, soll künftig die Selbstverwaltung auf dem Zusammenwirken und der gemeinsamen Entscheidung von Dozentenschaft, Assistentenschaft und Studentenschaft basieren. Die Teilgruppen sind unterschiedlich an den Aufgaben der Hochschule beteiligt; im zentralen legislativen Organ der Hochschule, dem Senat, verfügt die aus den prinzipiell gleichberechtigten Habilitierten bestehende Dozentenschaft über die Hälfte der Sitze, je ein Viertel der Mitglieder wird von der Assistentenschaft und der Studentenschaft gewählt. Der vom Senat zu wählende Rektor soll wenigstens fünf Jahre amtierend; nach den Vorstellungen der Studentenschaft kann dieses Amt, so wie es heute schon in Amerika der Fall ist, nur von entsprechend vorgebildeten Persönlichkeiten als ständiger Beruf wahrgenommen werden.

IV

Man braucht dem Verfassungsentwurf der Studentenschaft für die sich selbstverwaltende Hochschule nicht in allen Einzelheiten zuzustimmen, aber man wird zugestehen müssen, daß hier ein wohldurchdachter, in sich konsistenter Versuch vorliegt, die heutige hierarchische Ordnung durch eine auf dem Prinzip gestufter Mitbestimmung basierende demokratische Ordnung zu ersetzen. Diese Verfassungsreform ist überfällig und darf nicht mehr hinausgeschoben werden, denn die derzeitige Ordnung ist nicht nur zeitwidrig, sondern gefährdet die Funktionsfähigkeit der Hochschule. Man braucht sich, um das einzusehen, ja nur die absolut rechtlose Stellung der Assistenten — aus denen sich ja der wissenschaftliche Nachwuchs rekrutiert — zu vergegenwärtigen. Der heutige Assistent ist der Assistent seines Professors. So wie seine Promotion, so hängt auch seine Habilitation von dessen persönlicher Hilfe und damit letztlich von dessen gutem Willen ab. Da Gelehrsamkeit keineswegs das Wirksamwerden von Motiven aus dem Bereich des Allzumenschlichen ausschließt, geschieht es nur zu oft, daß Assistenten mit administrativen und nebensächlichen Arbeiten überlastet und von der wissenschaftlichen Weiterbildung abgehalten werden, daß sie die Launen ihres Chefs geduldig ertragen, daß sie je nach seinen Arbeitschpositionen warten und wieder warten müssen. Es ist nicht nur die bessere Bezahlung, die junge Wissenschaftler veranlaßt, in die Wirtschaft oder ins Ausland zu gehen, es ist wahrscheinlich mehr noch die unwürdige, unserer heutigen Auffassung vom Arbeitsverhältnis widersprechende Abhängigkeit, die ihnen im Hochschulbereich zugemutet wird. Man muß auch einmal die charakterliche Auslese bedenken, die sich da vollzieht. Wachsen hier wirklich die freien, unabhängigen Denker heran, die eine freie Gesellschaft so nötig hat?

Die Assistenten können nur warten und schweigen, wenn sie nicht ihre Karriere riskieren wollen. Die Studenten können sich äußern, und sie machen heute von dieser Möglichkeit keinen schlechten Gebrauch. Sie fordern die Demokratisierung der Hochschule, sie kämpfen für ihr Mitbestimmungsrecht, und sie appellieren an den Staat, er möge die Studentenschaft als eine autonome Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkennen und ihr das Recht zugestehen, ihre eigenen Angelegenheiten, d. h. den Aufgabenbereich, der nichts mit Forschung, Lehre und Studium zu tun hat, in eigener Verantwortung selbst zu verwalten. Zu diesem Selbstverwaltungsbereich sollen u. a. die ergänzende politische Bildung, die Heranführung der Studenten an die Prinzipien der rechtsstaatlich-demokratischen Ordnung, die Unterstützung künstlerischer und musischer Interessen der Studenten, die Pflege internationaler Beziehungen gehören.

Gegen die Übernahme dieser Aufgaben hat auch die Hochschule nichts einzuwenden. Sie erhebt aber Widerspruch, daß die Studentenschaft auch ihre sozialen Einrichtun-

gen selbst verwalten möchte. Zwar hat sich die Hochschule lange Zeit um das soziale Schicksal der Studenten wenig gekümmert und es den Studenten überlassen, die Selbsthilfe zu organisieren. Nachdem die unter dem Titel „Studentenwerk“ zusammengefaßten Selbsthilfeeinrichtungen jedoch einen respektablen Umfang gewonnen haben, Subventionen der öffentlichen Hand erhalten und seit einigen Jahren auch im Auftrag des Staates die Förderungsbeträge nach dem *Honnefer Modell* auszahlen, erklärt die Hochschule, die soziale Betreuung der Studenten sei eine ihrer Aufgaben und stellt sich im Bunde mit dem Verwaltungsapparat des Studentenwerks dem Anspruch der Studentenschaft entgegen.

Sie wird dabei offenbar von der Sorge geleitet, daß die Studentenschaft mit der Selbstverwaltung eines so gewichtigen und umfangreichen Aufgabenbereichs eine zu starke Stellung gewinnen und dem Einfluß der Hochschule entgleiten könnte. Außerdem bestehen zwischen Hochschule und Studentenschaft erhebliche Unterschiede in der Auffassung über die Prinzipien und die Praxis der sozialen Arbeit. Die Studentenschaft spricht in ihrem in Hamburg beschlossenen Sozialprogramm aus, daß sie sich als Teil der gesamten deutschen Jugend begreift. Sie plädiert für gleiche Bildungs- und Ausbildungschancen aller jungen Menschen und tritt in Konsequenz dessen dafür ein, daß ein umfassendes Ausbildungsförderungsgesetz die öffentliche Förderung der sozial Schwachen für alle Ausbildungsgänge, auch für das Hochschulstudium, generell regelt.

Wie die Hochschule zu dieser Frage steht, wurde eingangs bereits dargelegt. Die stark divergierenden Auffassungen über die Förderung, die bereits darin zum Ausdruck kommen, daß die Hochschule von „Studienförderung“, die Studentenschaft von „Studentenförderung“ spricht, machen deutlich, welche unterschiedlichen Gesellschaftsbilder und -leitbilder hier bestehen.

Das ist sicher auch eine Generationenfrage, aber jene dürften sich täuschen, die unter Hinweis darauf die derzeitigen Auseinandersetzungen zwischen Hochschule und Studentenschaft zu bagatellisieren versuchen. Es ist nur natürlich, daß die Auseinandersetzung mit der modernen Gesellschaft, der sich die Hochschule lange genug verschlossen hat, von der jüngsten, am wenigsten mit der Tradition belasteten Gruppe innerhalb der Hochschule aufgenommen wurde. Nachdem das aber einmal geschehen ist, wird diese Auseinandersetzung nie mehr abgebrochen werden können, dafür ist die Einwirkungskraft unserer dynamischen Gesellschaft zu groß.

Der aktive Teil der Studentenschaft ist heute der Vortrupp innerhalb der Hochschule im Kampf um deren Neuorientierung und Neuordnung. Man darf ihn nicht allein lassen, man muß ihm helfen, die Position in der Hochschule zu gewinnen, die ihn vom nur tolerierten und gelegentlichen zum ständigen und gesicherten Gesprächspartner macht. Die Gesellschaft braucht Studenten, aber die Studenten brauchen auch die Gesellschaft. Sie brauchen die Kräfte, die eine mobile, entwicklungsfähige Gesellschaft wollen.

RICHARD F. BEHRENDT

Der Mensch von heute und morgen muß bereit sein, zu experimentieren, um herauszufinden, wessen er fähig ist. Und dazu muß er die Sphäre seiner Freiheit und seiner Verantwortung über alles bisher Erfahrene hinaus ausweiten. Dann wird er sich weder einer verhärteten Vergangenheit noch einer illusorischen Zukunft dienstbar machen, sondern aus den nachwirkenden Kräften der Vergangenheit zu schöpfen und die weiten Horizonte der Zukunft zu erforschen und zu deuten verstehen.